



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 11. Juni 2025

Vorlagen-Nr. 25-I-30-0002

Prävention gegen Fake News, Hate Speech und Förderung von Medienkompetenz

- Antrag des Ausländerbeirats vom 01.04.2025 -

- Beschluss Nr. 0095 des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 14.05.2025 -

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen wird gebeten:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden empfiehlt die Bereitstellung finanzieller und personeller Mittel zur Prävention gegen Fake News und Hate Speech sowie zur Förderung von Medienkompetenz in Wiesbaden. Konkret sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Bildungsprogramme zur Medienkompetenz
 - 1.1 Förderung und Umsetzung von Workshops und Schulungen in Schulen, Jugendzentren und Migrantenorganisationen.
 - 1.2 Vermittlung von Methoden zur Überprüfung von Informationen und zum kritischen Umgang mit Medien.
2. Einbindung migrantischer Vereine als Multiplikatoren
 - 2.1 Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen bei der Entwicklung und Umsetzung mehrsprachiger Informationskampagnen zu Fake News und Hate Speech.
 - 2.2 Bereitstellung finanzieller Mittel für Projekte, die gezielt Fehlinformationen in sozialen Medien entgegenwirken.
3. Stadtweite Aufklärungskampagnen gegen Fake News und Hate Speech
 - 3.1 Entwicklung und Förderung von Kampagnen zur Sensibilisierung für digitale Desinformation.
 - 3.2 Kooperation mit lokalen Medien, Hochschule und zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins.
4. Schulungen für Multiplikatoren
 - 4.1 Bereitstellung von Fortbildungen für Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Vereine, um deren Kompetenz im Umgang mit Fake News und Hate Speech zu stärken.
 - 4.2 Vermittlung praxisnaher Strategien zur Aufklärung gefährdeter Gruppen.

Begründung:

Digitale Desinformation und Hassrede gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erschweren die demokratische Teilhabe. Neben der allgemeinen Verbreitung von Fake News stellt insbesondere die mehrsprachige Desinformation eine Herausforderung dar, da viele Migrantinnen und Migranten Nachrichten in ihren Herkunftssprachen über soziale Medien konsumieren. Dadurch entstehen zusätzliche Einfallstore für gezielte Falschinformationen und extremistische Inhalte. Besonders besorgniserregend ist die massive Verbreitung von Falschinformationen über Migration, Flucht und das Leben von Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Diese Narrative werden zunehmend durch politische Debatten auf Bundesebene befeuert und durch mediale Zuspitzungen verstärkt. Falschmeldungen über angebliche Privilegien für Geflüchtete, Kriminalitätsstatistiken oder wirtschaftliche Auswirkungen von Migration schüren Ängste und Vorurteile in der Gesellschaft und tragen zur Spaltung bei.

Durch gezielte Aufklärungsarbeit und die Förderung von Medienkompetenz kann Wiesbaden aktiv gegen Fake News und Hate Speech vorgehen. Insbesondere Migrantinnen und Migranten sollen dadurch in die Lage versetzt werden, Falschinformationen besser zu erkennen und sich aktiv gegen digitale Hetze zu schützen. Gleichzeitig wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und der Radikalisierung präventiv entgegengewirkt. Wir empfehlen der Stadtverordnetenversammlung, die notwendigen Mittel für diese Maßnahmen im kommunalen Haushalt bereitzustellen.

Beschluss Nr. 0095 des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 14.05.2025

Der Antrag wird in den Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie überwiesen.

Beschluss Nr. 0075 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.06.2025

Der Antrag des Ausländerbeirats vom 01.04.2025 wird in der folgenden Fassung angenommen:

Der Magistrat möge

1. berichten, welche Angebote es zur Prävention gegen Fake News, Hate Speech, sowie zur Förderung von Medienkompetenz gibt.
2. Lücken in den Angeboten aufzeigen und Vorschläge erarbeiten, wie diese geschlossen werden können.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2025

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .06.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2025

Dezernat IV
Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister